

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Abonnementspreis:
Die einjährige Preisliste
aber deren Raum 18 g.
außerhalb des Enztals
20 g. bei Ankauf von
Lohn durch die Geschäfts-
stelle 30 g. extra.
Reklame-Zeile 50 g.
Bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der im
Falle des Mahnverfalls
hinfallig wird.

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird
feinerlei Gebühr abge-
nommen.

Nr. 82.

Neuenbürg, Dienstag den 8. April 1919.

77. Jahrgang.

Der deutsche Vulkan.

Deutschland ähnelt einem Vulkan, der jeden Augenblick ausbrechen und mit seiner Lava alles ihm Erreichbare zu vernichten droht. Das ebendies so strebende, arbeitsfreudige deutsche Volk ist heute kaum mehr zu erkennen. Verzehrt und verführt durch gewissenlose Kreaturen, die nur im Trüben fischen wollten, brennt es sich auf gegen jegliche Autorität. Bewußt, aber vier Jahre Kriegszeit in den Schützengräben, vier Jahre Vernichtungsbau auf Befehl an Menschenleben und fremdem Eigentum haben Laster erzeugt, die jetzt erst in ihrer Schrecklichkeit sich auswirken. Der deutsche Soldat, einst ein Muster von Disziplin und Pflichttreue, die ihn Unglaubliches vollbringen ließ, ihn zu staunenswerten Leistungen und Taten befähigte, ist zu einem großen Teil nicht mehr das, was er einst war; manche Soldatentugenden, die allein ein Heer widerstandsfähig und schlagfertig machen, sind einem großen Teil abhanden gekommen, militärische Unterordnung ist vielen etwas Fremdes geworden. Die Grundfehler, auf denen ein Staatswesen aufgebaut sein muß, sind neben einem fleißigen seiner Tagesarbeit ohne Unterschied nachgehenden bürgerlichen Volk ein gutdiszipliniertes Heer. In beiden mangelt es Deutschland zu einer Zeit, wo es sie am nötigsten hätte.

Es wäre aber einseitig und ungerecht, wollte man hier den deutschen Soldaten, der so viele Heldentaten vollbracht, so beinahe unmenschliches leistete und erduldet, allein verantwortlich machen. Gewiß, er ist in den langen Kriegsjahren der Arbeit entfremdet worden; seine Aufgabe bestand nicht im Anfechten sondern im Vernichten; eine Folge des Krieges. Viele, die nicht einen innerlichen Halt hatten, wurden schwach und gerieten auf Abwege; der Krieg verlorte mehr oder weniger und brachte die schlimmen Leidenschaften eines Volkes sowohl bei jenen an der Front wie in der Heimat nur zu sehr zur Entfaltung. Die mancherorts ungenügende Behandlung der Frontsoldaten durch unbeliebte, pflichtvergessene Vorgesetzte, die ungerechte Verteilung der Lebensmittel, unmaße Mittelungen über die Kriegslage, das tabulawerte Verhalten gewisser Vorgesetzter hinter der Front und so manches andere trugen dazu bei, die Autorität gegenüber solchen Vorgesetzten bei vielen Soldaten zu untergraben. Als dann der Zusammenbruch folgte, war das Unglück fertig, von dem, will er ehrlich und aufrichtig sein, sich keiner freisprechen wagen dürfte. Kritiker helfen aber darüber nicht hinweg. Der erste Schritt zur Besserung wäre die Selbstkenntnis und diese mangelt, ach, so vielen. Tausende leben stankenlos dahin und genießen tagtäglich von dem Gift der Verheerung, das ihnen von gewissenlosen Agitatoren unter allen möglichen Versprechungen einer schönen Zukunft im Spartakusstaat vorgelegt wird.

So darf es nicht wundern, wenn es in Deutschland auf der schiefen Ebene immer weiter abwärts geht, ein aufregendes Ereignis das andere ablöst, als ob wir uns den Luxus gehalten dürften, an Stelle fruchtbringender Tätigkeit und produktiver Arbeit weiterhin dem Umsturz mit seinen verderblichen Folgen zu fröhnen.

Kaum ist der Generalstreik in Württemberg beendet, wird das Bayernland, das schon so manche Stürme seit Beginn der Revolution durchzustampfen hatte und nicht zur Ruhe kommen kann, erneut in Unruhe und Wirrisse versetzt. In München, welches in Friedenszeiten bei manchen ein beliebtes Reiseziel war, wurde am Sonntag, wie wir noch gestern berichteten, die Räterepublik proklamiert, der verfassungsmäßig gewählte Landtag am Zusammentritt gehindert und für aufgelöst erklärt. Weitere Berichte besagen folgendes:

München, 7. April. Sollte die Räterepublik ausgedehnt werden, dann dürfte dies ohne Blutvergießen nicht zu vermeiden sein, denn die im Zentralrat einlaufenden Nachrichten aus dem Lande scheinen außerordentlich pessimistisch gehalten zu sein. Städte wie Nürnberg und ganz Franken und auch die Bauernschaft dürften ohne weiteres sich einer Räterepublik nicht fügen.

Nürnberg, 7. April. Die Verbreitung der Ausrufung der Räterepublik in Bayern ist von einer Anzahl örtlicher Arbeiterräte und von den nordbayrischen Garnisonen verweigert worden. In Passau, in Würzburg und Nürnberg erscheinen auch heute die Zeitungen wie immer, entgegen dem Befehl der Münchener Räteregierung, wonach am heutigen Nationalfeiertag auch keine Zeitung herausgegeben werden darf. Die Soldatenräte in einer Anzahl nordbayrischer Garnisonen haben gestern beschlossen, die Einberufung des bayrischen Landtages zu fordern und die Ausrufung der Räterepublik im Bereich der nordbayrischen Garnisonen abzulehnen.

Der Landtag.

München, 7. April. Der Kellertentrat des Landtages hat am Samstag beschlossen, im Falle der Proklamierung der Räterepublik den bayrischen Landtag für die Ostertage nach Bamberg einzuberufen. Die auswärtigen Mitglieder des Kellertentrates des Landtages haben am Sonntag München verlassen.

Die nachteiligen Folgen beschränken sich aber keineswegs auf das Land selbst; die Reichsregierung nimmt bereits Stellung gegen die bayerische Räterepublik, jener erhielt die in München weilende Lebensmittellkommission der Entente die Aufforderung, München und Bayern im Falle der Ausrufung der Räterepublik zu verlassen. Darüber folgende Meldungen:

Die Reichsregierung gegen den Rätestaat Bayern.

Weimar, 7. April. Die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Vorgängen in München wurde in den Sonntagssprechungen der Regierung mit den Parteiführern dahin formuliert, daß die Reichsregierung eine bayerische Räteregierung innerhalb des Reichsgebietes niemals anerkennen wird. Die unmittelbare Folge sei die vollständige wirtschaftliche Isolierung von Bayern.

Zurückberufung der Lebensmittellkommission der Entente.

München, 7. April. Die in hiesigen Hotels weilenden Mitglieder der Ententekommission zum Studium der bayerischen Ernährungsverhältnisse erhielten Sonntag mittag die telegraphische Aufforderung aus Paris, München und Bayern im Falle der Ausrufung der Räterepublik in Bayern, sofort zu verlassen.

Und in vielen Teilen Deutschlands, im Ruhrrevier, in Mitteldeutschland, in Berlin, überall brodelt und gärt es in einem Dogenkessel, überall Aufsehnung gegen die bestehende Ordnung. Das Wort „Generalstreik“ ist zur fixen Idee bei vielen Tausenden geworden, die im Spartakus und Bolschewismus das Heil der Zukunft erblicken. Und Arbeit tut uns so dringend not wie das tägliche Brot, an dem wir so sehr Mangel leiden. Wo keine Arbeit, da kein Verdienst und keine Beschaffung von Lebensmitteln, deren wir gerade jetzt so dringend bedürftig sind. Schon melden Stimmen aus dem Ausland, daß die Lebensmittellieferung aus neutralen Staaten infolge finanzieller Schwierigkeiten eingestellt ist und doch stehen wir erst am Anfang unserer Lebensmittellieferung. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Blindwütigen innere Einkehr halten und zu einer geregelten Tätigkeit sich auflassen, ehe der Ausbruch des deutschen Vulkans uns alle vernichtet. Die vorerzählten noch folgende Meldungen:

Ein deutscher Rätestaatenblock.

Berlin, 7. April. Gestern nachmittag fand im preussischen Herrenhausgebäude eine Fraktionsitzung der Großberliner Soldatenräte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt, zu der auch auswärtige Delegierte erschienen waren. Der anwesende Vertreter Süddeutschlands, ein Mitglied des Münchener Soldatenrats, sagte u. a.: „Durch das Vorgehen Bayerns werde auch Deutsch-Oesterreich sich für das Räteystem entscheiden müssen, denn zwischen Ungarn und dem Räte-Bayern sei es so hoffnungslos eingeleitet, daß es seinen Anschluß an die Räterepublik suchen müsse. Damit sei auch die Entscheidung für Preußen gefallen. Schließe sich Preußen nicht an, was man jedoch nicht hoffe, so werde die vorläufige Grenzlinie zwischen den beiden Staatengebilden der Main sein. Es sei zu erwarten, daß Ungarn und Deutsch-Oesterreich mit Bayern sich zu einem Staatenblock zusammenschließen werden.“

Ausdehnung des Generalstreiks über das Reich.

Berlin, 7. April. Die Möglichkeit eines Generalstreikes nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich ist nach Informationen der „Bos. Ztg.“ sehr nahe gerückt. Die gleichen Agitatoren der Unabhängigen und Kommunisten, die im Ruhrgebiet den Streik gepredigt haben, sind schon seit einigen Tagen nach Mitteldeutschland, nach Berlin und weiter nach dem Osten, hauptsächlich nach Oberschlesien, abgereist, um dort zum Streik aufzufordern. Der Generalstreik soll nach den Plänen seiner Urheber von voraberein auch auf solche Betriebe ausgedehnt werden, die für die Ernährung unbedingt erforderlich sind, also auch auf die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Besondere Propaganda wird dafür gemacht, daß sich die Eisenbahner an dem Streike beteiligen.

Deutschland.

Stuttgart, 7. April. Der Kriegsminister hat das Erscheinen der „Süddeutschen Zeitung“ ohne Angabe der Gründe verboten.

Karlsruhe, 5. April. In einer gestern abend von der Zentrumsparlei einberufenen großen Volksversammlung, in der für die Volksabstimmung am 13. April die letzten Aufklärungen gegeben wurden, kam erstmals in Karlsruhe von zuständigen parlamentarischer und Regierungsseite die Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg zur Sprache. Der Vorstand der Zentrumsparlei in Baden, Geistlicher Rat Schöfer, Freiburg, und der Professor im Ministerium des Innern, Staatsrat und Landtagsabgeordneter Köhler sprachen über diese Frage vom badischen Standpunkt aus, letzterer in scharfer Form und lehnten die Vereinigung ab. Man sollte in Baden den Kopf ruhig behalten. Das, was gegenwärtig in Württemberg vorgeht, sei doch wirklich nicht geeignet, die Badener für den Vereinigungsgedanken günstig zu stimmen. Baden sei Herr über seine eigenen Geschicke. Das möge allen den Wichtigern gesagt sein, die ohne Ermächtigung herumlaufen und für die Vereinigung verlockend wirken. Niemand könne es diesen Herren verwehren, sich zu blamieren, soviel sie wollten; aber sie dürfen nicht verlangen, daß die andern diese Blamage mitmachen.

Weimar, 5. April. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm den Artikel 45 des Entwurfs in folgender Fassung an: „Der Reichstag versammelt sich in jedem Jahr am 1. Mittwoch des November am Sitz der Reichsregierung. Der Präsident des Reichstags muß ihn früher einberufen, wenn es der Reichspräsident oder ein Drittel der Reichstagsmitglieder verlangen.“ Der Staatsauschuß stimmte der Einführung der Sommerzeit für die Zeit vom 28. April bis 15. September aus Rücksicht auf die Kohlenersparnis zu. — Der Staatsauschuß und das Reichskabinett werden sich am Dienstag mit der Frage des Staatsgerichtshofes beschäftigen.

Wilhelmshafen, 5. April. Der Dampfer Arctis mit dem Stab der Militär-Eisenbahntrouppen, der Restabteilung des asiatischen Korps, der Kraftfahrer, der Nachrichten-, Flieger- und Etappenformationen, die Reste der deutschen Truppen aus der Türkei, ist gestern nacht in der Höhe von Helgoland durch das Hochsektorpedoboot 146 in Empfang genommen und nach Wilhelmshafen geleitet worden.

Düsseldorf, 7. April. Gegen Düsseldorf, wo Montag der Generalstreik beginnen soll, sind 8000 Mann Regierungstruppen im Anmarsch.

Kallheim a. d. R., 6. April. Gestern fand im Paleschen Saal ohne die Genehmigung der Ortsmilitärbehörde eine Versammlung statt, in der über Werkstättenangelegenheiten gesprochen werden sollte. Die Tagesordnung behandelte aber politische Angelegenheiten. Im Zusammenhang damit forderte man die Entlassung der Polizei und der Regierungstruppen. Daher wurde die Auflösung der Versammlung angeordnet. Eine Kompanie Regierungstruppen wurde mit dieser Aufgabe beauftragt. Ein Teil der Kompanie drang in das Gebäude ein, während der andere das Gebäude abspernte. Bei dieser Gelegenheit wurde anscheinend aus dem Hause eine Handgranate geworfen, die die Besatzung eines Maschinengewehrs außer Gefecht setzte. Zwei Mann wurden getötet und drei verwundet. Außerdem wurden viele Gewehr- und Pistolschüsse aus den Dachfenstern gegen die Regierungstruppen abgefeuert, die mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten erwiderten. Mittlerweile rückte eine weitere Kompanie zur Unterstützung heran. Etwa 150 Personen wurden festgenommen, die an der Versammlung teilgenommen hatten, oder sonstwie im Hause sich befanden. 55 Personen wurden dem Militärgericht zugeführt. Die Verluste auf der andern Seite betragen 2 Tote. Von den Regierungstruppen ist mittlerweile einer gestorben, sodas die Zahl der Toten auf dieser Seite sich auf 3 beläuft.

Der Abban des Generalstreiks.

Stuttgart, 7. April. Der Post- und Bahnbetrieb ist seit Montag früh wieder aufgenommen. Ob die Gasarbeiter mit der Arbeit beginnen, ist noch fraglich, auf alle Fälle aber wird der Betrieb im Gaswerk aufgenommen. Die Gerichte wollen heute ebenfalls die Verhandlungen beginnen. Die Landesversammlung hatte ursprünglich ihren Zusammentritt auf 8. April vorgesehen. Wegen der Unterbrechung des Post- und Eisenbahnverkehrs muß dieser Termin hinausgeschoben werden. Der Wiederzusammentritt des Ständes wird jedoch sobald wie möglich erfolgen. Bei dem zweiten in Oßheim ermordeten Soldaten handelt es sich um einen Kraftfahrer. In Eßlingen sind am Sonntag früh die Streikführer verhaftet worden. Die Stadt, in der es ruhig ist, befindet sich in der Hand der Regierungstruppen. Zur Sicherheit ist auf der Neckarhalde Artillerie aufgestellt. Bei Hausdurchsuchungen wurden Waffen und Munition gefunden. In Röttingen wurde die Streikleitung aufgefordert, die vor einigen Tagen der Wache der Sicherheit



Kompagnie Reutlingen abgenommenen Waffen bis zum 6. April, 10 Uhr vormittags, wieder herauszugeben, widrigenfalls Reutlingen besetzt würde. Die Waffen wurden daraufhin restlos zurückgegeben. Nach Schorndorf und Geradelt wurden wegen drohenden Streiks, Sicherheitstruppen gesandt. Die Milchproduzenten des Remstales, die durch einen Vertreter an die Regierung die Forderung zur Erhöhung des Milchpreises auf 50 Pfennig gestellt und in einer der Menschlichkeit hohnsprechenden Weise gedroht hatten, daß von Sonntag ab ohne Rücksicht auf Kinder und Kranke die Milchlieferung eingestellt werde, wenn diese Forderung nicht erfüllt werde, wurden aufs dringendste aufgefordert, sich nicht durch Agitatoren zu Taten hinreißen zu lassen, die unabsehbar Schaden für unser ganzes Volk nach sich ziehen würden.

Das Räteystem in der Reichsverfassung.

Berlin, 5. April. Das Kabinett hat die nachstehenden Änderungsvorschläge zum Artikel 34 der Reichsverfassung angenommen. Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern, an der Regelung der Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiden Parteien sind Organisations- und ihre tariflichen Beziehungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen in den Gewerkschaften und in den Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat sind zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben bei der Ausführung der Sozialleistungen, der Vertretungen der Unternehmer und einem Reichswirtschaftsrat zusammenzufassen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind. Den Arbeiter- und Wirtschafts- und Verwaltungsbevollmächtigten in den überwiesenen Gebieten Kontroll- und Aufsichtsaufgaben der Arbeiter und Wirtschaftsräte, sowie ihre Beziehungen durch Reichsgesetz geregelt. Die dem Reichswirtschaftsrat soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden.

Deutscher Arbeiter, lerne aus der "Zeichen der Zeit!"

Die deutschen Industrieunternehmen in Rußland sind durch die bolschewistische Regierungsmethode langsam erdrückt worden. Die Berliner Firma Siemens u. Halske besaß ein großes hiesiges Unternehmen, die Rußischen elektrotechnischen Werke Siemens u. Halske A. G. in Petersburg. Bei Ausbruch des Krieges sah sich das Petersburgische Werk von seiner technischen und finanziellen Verbindung mit dem Berliner Stammhause abgeschnitten. Es mußte sich auf eigene Füße stellen. Man suchte Militärapparate und baute Telegraphenapparate, Fernsprechanlagen, Apparate der drahtlosen Telegraphie u. a. m. Große Heeresaufträge kamen herein. Im Frühjahr 1915 wurde das Aktienkapital von 14 auf 7 Millionen Rubel, das sind 14 Millionen Mark nach Friedenswährung, vermehrt und das Werk vergrößert. 1916 beschäftigte es etwa 2000 Arbeiter gegen 700 im letzten Friedensjahre. Im März 1917 brach die Revolution aus. Die Arbeiter und Angestellten stellten maßlose Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Erzeugung sank auf 50 Prozent. Nach der Oktoberrevolution hörte die Arbeitsfähigkeit fast gänzlich auf. Die Lohnfrage wurde nunmehr von der bolschewistischen Regierung geregelt, denn die Sozialisierung sollte mit Macht in

die Wege geleitet werden. Die Erzeugung sank auf 10 Prozent im Vergleich des Jahres 1916. Nach Beendigung des Krieges wurden sämtliche Staatsaufträge annulliert. Private Aufträge gingen nicht mehr ein, denn das Wirtschaftsleben lag darnieder. Die Preise stiegen ins Ungeheure. Ein Motorapparat, der 1914 nur 147 Rubel kostete, stellte sich 1918 auf 36000 Rubel! Schon Mitte 1917 konnten Gehälter und Löhne nicht mehr aus den Erträgen der Erzeugung gedeckt werden. Die Reserven wurden schnell verdrängt. Die Regierung gab Vorschüsse. Die Löhne und Gehälter stiegen weiter. Seit dem Herbst 1918 wurde die Gesellschaft mit vielen Millionen der bolschewistischen Regierung verschuldet. An eine Rückzahlung war nicht zu denken. Im September 1918 sprach die Regierung daher die Verstaatlichung des Werkes aus. Ganze 25 Angestellte und 80 Arbeiter von ehemals 2000 waren noch vorhanden! Sie wurden Staatsbeamte, konnten aber nicht viel mehr tun, als das vorhandene Inventar notdürftig instandhalten. Nach langer, zielbewusster Friedensarbeit schloß unter den Folgen des Bolschewismus der Betrieb gänzlich ein.

Ausland.

Basel, 7. April. Die Pariser Morgenblätter vom Samstag melden: Vor den Toren Odessa wütet eine große Schlacht. Zwischen russischen Bolschewisten, ukrainischen Sowjettruppen einerseits und alliierten Besatzungstruppen sind Kämpfe im Gange, die einen bedeutenden Umfang angenommen haben und sich auf den ganzen Festungsgürtel von Odessa ausgedehnt haben. Die Bolschewisten beschießen Odessa mit schweren Geschützen. Der Stand der französischen Truppen ist, wenn auch nicht unmittelbar gefährdend, so doch schwierig, da zugleich in mehreren Stadtvierteln antialiierte Aufstände ausgebrochen sind.

Bern, 5. April. Nach westschweizerischen Meldungen trafen in diesen Tagen etwa 20000 amerikanische Soldaten zum Erholungsurlaub in der Schweiz ein.

Bern, 5. April. Eine bulgarische Meldung der Neuen Korrespondenz enthält Mitteilungen über die Aufdeckung eines ungarischen Komplotts zur Eileitung einer bolschewistischen Bewegung in Rumänien. Gleichzeitig wurden bulgarische Truppenbewegungen gemeldet, die sich im Verein mit Ungarn und russischen Bolschewisten zu einem Angriff gegen Rumänien anschickten.

Kopenhagen, 6. April. Die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Dänemark nach Deutschland ist gestern plötzlich dänischerseits eingestellt worden. Wie verlautet, soll diese unerwartete Einstellung mit den schwierigen deutschen Zahlungsvhältnissen zusammenhängen. Da die dänischen Güterhöfen in Deutschland infolge der Lebensmittelverknappungen gestiegen sind, und man die gestellten Sicherheiten nicht als genügend erachtet, hat man geglaubt, trotz des schweren Zwangslage Deutschlands zu dieser Maßnahme schreiten zu müssen.

London, 7. April. Der Vertreter des „Corriere della Sera“ berichtet, daß die Sineser einen allgemeinen Streik auf bolschewistischer Grundlage vorbereiten, der gleichzeitig einen nationalistischen gegen England gerichteten Charakter tragen soll.

Washington, 5. April. Das Schatzamt teilt mit, daß Frankreich ein weiterer Kredit von 85 Millionen und Italien ein solcher von 5 Millionen Dollars gewährt worden sei. Im ganzen seien an die Alliierten bis jetzt 9 Milliarden 8 Millionen 999 341 Dollar geliehen worden.

Washington, 5. April. Der Staatssekretär für den Krieg, Baker, teilte einer Abordnung von den Philippinen mit, daß Präsident Wilson dazu bereit sei, dafür einzutreten, den Philippinen vollständige Unabhängigkeit zu gewähren.

Die Entschädigungsfrage.

Paris, 7. April. Wilson, Lloyd George und Orlando haben die Forderungen Frankreichs und Belgiens, bei Verteilung der deutschen Schodensersatzsumme ein Privilegium zu erhalten, einmütig abgelehnt.

Paris, 7. April. Barzini droht dem Comite aus Paris, es sei eine endgültige Einigung des Vrients über die Entschädigungsfrage zustande gekommen. werde von Deutschland eine Entschädigungssumme von höchstens (1) 25 bis 30 Milliarden Franken fordern. Bern, 7. April. Ein Telegramm des „Secolo“ Paris vom Samstag meldet schwere Enttäuschung unter Pariser nationalistischen Kreisen wegen der „Berichtsphase“ die am Wochenschluß im Vrientsrat die Oberhand gewonnen haben soll.

Der lachende Dritte.

Genf, 5. April. Während alle europäischen Staaten durch das Stöden der Rohstoffzufuhren durch die Folgen der Kriegereignisse oder durch ausländische Schuldverhältnisse in wirtschaftlicher Hinsicht stark in Mitleidenschaft gezogen sind, hat das amerikanische Wirtschaftsleben heute eine Höhe erreicht wie nie zuvor. Nach einer Statistik des amerikanischen Handelsamtes betrug die Einfuhr nach den Vereinigten Staaten im Jahre 1918 15 Milliarden 160 Millionen gegen 8 Milliarden 950 Millionen im Jahre 1917. Während der Wert der ausgeführten Waren im Jahre 1918 30 Milliarden 750 Millionen gegen 10 Milliarden 300 Millionen im Jahre 1917 beträgt. In den vier Jahren betrug der Wert der Einfuhr 59 Milliarden 100 Millionen Franken, der der Ausfuhr 117 Milliarden 600 Millionen. Es wurden somit in Amerika für 58 Milliarden Franken mehr Waren aus- als eingeführt. Man kann daraus schließen, wie sehr die Goldreserven der Vereinigten Staaten in diesen vier Jahren gestiegen sind, noch weiter steigen wird, da Europa noch sehr lange auf Amerika angewiesen sein dürfte.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 8. April. Es dürfte, wie die letzte Anfrage im Bezirks-Obst- und Gartenbauverein gezeigt hat, von Interesse sein, die nachbarrechtlichen Bestimmungen über den Abstand der Waldungen von den Feldgrundstücken kennen zu lernen. Es ist hierüber folgendes bestimmt:

§ 910 B.G.B. Der Eigentümer eines Grundstücks kann Wurzeln eines Baumes oder eines Strauches, die in einem Nachbargrundstück eingedrungen sind, abschneiden und behalten. Das Gleiche gilt von herabragenden Ästen, wenn der Eigentümer dem Besitzer des Nachbargrundstücks eine angemessene Frist zur Beseitigung bestimmt hat und Beseitigung nicht innerhalb dieser Frist erfolgt.

Dem Eigentümer steht dieses Recht nicht zu, wenn die Wurzeln oder die Zweige die Benutzung des Grundstücks nicht beeinträchtigen.

Art. 245. Ausf. Ges. z. B.G.B. Der Eigentümer eines Waldgrundstücks, in welches Zweige und Wurzeln von Bäumen und Sträuchern eines andern, zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches bereits mit dem bestandenem Grundstücke herabragend, ist die Zweige zu dulden verpflichtet.

Abgesehen von der in Abs. 1 enthaltenen Bestimmung kann die Beseitigung herabragender Zweige von Ästen und Sträuchern, welche an dem südwestlichen, westlichen oder nordwestlichen Krauf von am 1. Jan. 1894 bestandenem Grundstück herabragend, rein oder vorwiegend mit Nadelbäumen bestockten Waldungen stehen, nicht verlangt werden, wenn hierdurch der Fortbestand der Bäume gefährdet wird, welche zum Schutze des hinterliegenden Waldes erforderlich sind.

Diese Vorschriften bleiben bis zum nächsten Bestehen des Waldes in Kraft.

Art. 240. Ausf. Ges. z. B.G.B. Wenn Waldungen im Sinne des Art. 1 des Forstpolizeigesetzes vom 8. Dec. 1879, Reg. Bl. S. 317, welche am 1. Jan. 1894 bestanden haben, durch Saat oder Pflanzung verjüngt werden, so ist von den Nachbargrundstücken ein Abstand von 20 Metern einzuhalten.

Das Glücksarmband.

Roman von Renttoß.

120) (Kochbuch verboten.)

„Hör zu, Kamerad, was ich weiß! Das Sprechen strengt dich an, du sollst mich nur ergehen. Wir wollen einander helfen, so wie du mir ja auch gestern geholfen hast. Du dachtest: durch die blaue Schlange gewinne ich doch noch die schöne Frau, nicht wahr? Und jetzt alle deine Kunst daran und hast eine zweite blaue Schlange zustande gebracht, der ersten täuschend ähnlich. Und dann hast du einen Brief geschrieben voll Inbrunst und Leidenschaft an die Frau, die dich oft gekränkt hatte. Ist's nicht so? Und du schreibst darunter: H. R., daß heißt: Hertion Nikolans, nach russischer Art, ist's nicht so? Na also, du nicht. Ich muß es ja. Und dann hast du gelauert auf eine Gelegenheit, um ins Haus zu kommen, warst im Garten. Und dort hast du mich gesehen, als ich zu ihr kam, an jenem letzten Abend. Weißt du es noch? Dein Schatten fiel über die helle Diele, als ich eintreten wollte, und ich wurde aufmerksam. So ging ich dich suchen, mit dem Hund.“

„Karo“, unterbrach ihn der andere, und sein dunkler Kopf senkte sich auf Roberts Schulter, als wäre er hier am sichersten geborgen.

„Ja“ — bestätigte er dann — „und der Hund kam herüber in unsern Garten, in das kleine Haus, und bellte. Der Hund war immer mein Feind, drum gab ich ihm das Gift, das ich stets bei mir hatte — von früher her, als ich noch Chemie liebte.“

„Ganz recht! Und dann war der Hund tot, ein Feind weniger.“

Hans Robert dachte nach.

Aber nun — nun ist eine Bude in meinem Kopf, Kamerad.“

Als eben der andere den Blick hob, kam leise der Freiberger aus dem Nebenzimmer, in dem er mit dem Feldkuraten gesprochen hatte.

„Weißt du“ — sprach Robert weiter — „dann war ich bei Nini von Saiten, und mir dankte sie für den Reiz, den doch ich ihr nicht gegeben hatte, was ich ihr natürlich fügen mußte.“

„Ob, ich weiß es“ — die Stimme Kola Hertions zitterte — „alles weiß ich! Denn ich stand doch auf der hölzernen Veranda. Man kann sich hinausschwingen, wenigstens ich konnte es. Und da sah ich durch die Glastür bis in ihren Salon, wo ihr standet — du und sie. Ich meinte immer, du liebtest sie doch, aber das Seltsame war: Ich hatte mich getäuscht.“

„Ja — und jetzt — jetzt kommt das Wertwüßigste: Das, was selbster brennt in meinem Gehirn, in meinem Blut, das, was nicht wahr ist und nicht wirklich und doch geschah — ich will es dir sagen, wie das war — wenn ich's kann —, ich hab's noch nie gesagt. Da war also die Frau, diese Frau, und sie ging in ihr Schlafzimmer und weinte und schrie und rang ihre Hände. Warum? Weißt du sie nicht liebtest. Und ich war doch da, ich, der sie liebte, und ich öffnete die Tür, ganz leise und ging auf sie zu, die mir gerade den Rücken zudrehte. Ich wollte ihr sagen, daß ich sie liebe, liebe wie nichts sonst auf der Welt, und daß sie nicht weinen dürfe. Wozu weinen?“

Aber, als sie sich umwandte und mich erblickte, schrie sie auf und wollte zurücktreten, und ein Zugwind fuhr durch das Zimmer, der das Licht verflöchtete. Dann hörte ich etwas wie einen Fall, ein Aufschlagen an den Marmor des Kamins, und dann nichts mehr.“

Kamerad, das begreift du nie — ich auch nicht! Man hat eben noch jemanden gesehen, hat ihn reden gehört, hat den Atem gehört, und dann

plötzlich: Dunkel, Stille, immerwährendes Schweigen.“

Ich kann das nicht aus dem Gehirn bringen; es sitzt da drinnen, brennt und bohrt — ach, ich möchte schon Erlösung.“

Er begann zu schluchzen, krampfhaft und wild, wie Kinder im Dunkeln weinen. Hans Robert aber sah still neben ihm und dachte, wie doch alles, alles im Leben eine Kette ist von Schuld und Sühne, von Verstehen, Begreifen, Verzeihen.

„Dann bin ich fort“ — sprach Kola Hertion mit fast brechender Stimme weiter — „hinter mir stand die fürchterliche Angst, das Brauen, und ich sah dich ruhig im Café sitzen, dich, der ihre Liebe nicht gewollt, der sie verschmäht hat.“

Ein Schauer schüttelte den Bewunderten, und seine Augen weiteten sich, als sähen sie in unendliche, glänzende Fernen.

„Und da wußt ich es plötzlich“ — fuhr er fort — „daß sie ja gar nicht tot war; sie lebte, wie alles lebt, solange noch jemand mit voller Liebe an ihm hängt. Sie hatte von dir die blaue Schlange haben wollen, die Schicksale bindet für ewig, und ich hatte ihr anstatt der echten die falsche geschickt. Wenn ich ihr aber die echte brächte, dann würde sie allmählich wieder anfangen zu leben, zu atmen, und eines Tags wieder aufstehen, jung, schön, lachend, und dann würde sie mich liebhaben, weil ich ihr das Leben wiedergebracht. Verstehst du das? Ich sagte es auch zu Herta, aber die versteht es nicht. Sie haßt mich aber mit Geld und guten Worten, da sie mich, als ich zu ihr kam, zuerst für den Vater hielt, dessen Mantel und Hut ich hatte. Gott! Ich hatte doch auch seine Schlüssel; alle Schlüssel, die ich je gegeben, und die ja so leicht nachzumachen waren. Die Leute denken nicht daran.“

(Fortsetzung folgt.)

Beschlagnahmehensmittel.

Der gewaltigen Menge Lebensmitteln im Württemberg

Schleichhändlern Schleißerfänger

schleipst werden, heraus erschaffen, den Monaten

und Februar d. v. von Beamten

Kriegsmunition beschlagnahmt

find: 28 Zentner ter und Schmalz

Zentner Fett, 27,5 ner Fleisch und

498 Zentner Getreide und Mehl, 75 ner Hälftenfrüchte

Zentner Käse; an lebenden 61 Schlachtfleisch Schweine, 58 Schweine und 4 Schafweine, 1 Rind, 2 Ochsen, 7 Schafe.

Kalbberg, 7. Der Gutsbesitzer wurde beim Schlag mit 70 bewaffneten Dorfleuten einzeln festgenommen zu dem, erschossen.



Mit Waldbanagen, welche auf bisher zum Waldgrund nicht gehörendem Boden gemacht werden, müssen von den Nachbargrundstücken folgende Abstände eingehalten werden: bei dem Niederwaldbetrieb sowie mit dem Unterholze bei dem Mittelwaldbetrieb 3 m, bei dem Hochwaldbetrieb und mit dem Oberholz bei dem Mittelwaldbetrieb 6 m.

Gegenüber von Weinbergen sind die in Abt. 2 bestimmten Abstände zu verdoppeln soweit der Wald aus deren fälliger, fälliger oder südwestlicher Seite gelegen ist.

Neuenbürg, 8. April. Gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr erschien wiederum ein Hieger über unserer Stadt und warf Flugblätter ab, deren Inhalt das gewisse für verbrochene Treiben der Spartakusleute brandmarkte und vor deren scheinbaren goldenen Versprechungen für die Zukunft warnte. Der Schluss des Flugblatts lautete: Spartakus verspricht Euch goldene Berge. Ueber die Höhe Eurer Führe hinweg will er die Führung an sich reißen.

Lacht ihn erst einmal Herr sein! Dann fällt die Maske! Dann werden Euch aber die Augen übergehen von all dem Glanz!

Wildbad, 5. April. Ein interessantes Naturschauspiel ist seit einigen Tagen auf dem Hengstberg bei Calmbach zu beobachten. Hingend und dampfend springt aus dem Gestein ein goldlicher Strahl bis zu 4 Meter in die Höhe. Für Kenner unserer geologischen Verhältnisse ist das kaum eine Ueberraschung. Die Quellen Wildbads und Liebenells weisen ja darauf hin, daß wir auf heißem Boden stehen. Neben der Temperatur von 50,7° Celsius unterscheidet sich die neue Quelle von den erwähnten auch in ihrer chemischen Zusammensetzung. Eine eingehende Untersuchung des Wassers wird zur Zeit in Stuttgart vorgenommen; die rostbraune Färbung des besetzten Gesteins und der saulige Geruch lassen keinen Zweifel, daß wir es mit einer eisen- und schwefelhaltigen Quelle zu tun haben. (Wildb. Chr.)

Württemberg.

Haiterbach, 7. April. Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl wurde Herr Assistent Knauf mit 477 Stimmen gewählt. Kandidat Kielwein hat 303 Stimmen erhalten. Herr Pfister ist zurückgetreten.

Freudenstadt, 7. April. Aus dem hiesigen Bahnhof kam der Dillspolierbeamte Gele unter den einfahrenden Passagier. Es wurde ihm der rechte Oberschenkel abgeholt. Im Bezirkskrankenhaus mußte ihm das Bein abgenommen werden.

Kottweil, 7. April. Der Kaufmann Georg Schweizer aus Tathheim, Olt. Duttlingen, wurde wegen Schleichhandels und Betrugs von der Strafkammer zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Stuttgart, 7. April. Wie wir vernehmen, haben die Arbeiter bei Daimler in Untertürkheim und Sindelfingen, bei Bosch und Eisenmann in Stuttgart die Arbeit heute früh noch nicht aufgenommen; es arbeiten nur die Büroangestellten. Von den Streikenden aus wird niemand an der Wiederaufnahme der Arbeit gehindert.

Stuttgart, 7. April. Das bayerische Kriegswuchertum läßt, wie man dem „Neuen Tagblatt“ mitteilt, keine Postsendungen mit Lebensmitteln nach Württemberg durchgehen, vielmehr werden die Lebensmittel herausgenommen und beschlagnahmt. Der Empfänger erhält nur eine entsprechende Mitteilung. Es wäre zu erwägen, ob Württemberg nicht ein ähnliches Verfahren einschlagen soll. Die Preise im Hamsterverkehr würden ohne Zweifel sofort sinken, wenn norddeutsche Aufkäufer nicht mehr wie bisher Phantasiepreise bieten würden. In gleichem Sinn wird dem Blatt geschrieben, daß gewisse Städte Württembergs von angeblich Studierenden überfüllt sind. Es handle sich dabei größtenteils um Nichtwürtemberger, die nur die Knappheit der Lebensmittel durch Hamstern noch vergrößern und vieles außer Landes schicken.

Stuttgart, 7. April. Präsident des seit Verhängung des Belagerungszustands hier tätigen außerordentlichen Kriegsgerichts ist Landgerichtsdirektor Albert Jäger, ein Bruder des früheren Tübinger Bankiers.

Brackenheim, 7. April. Eine hier abgehaltene, teilweise stürmisch verlaufene Volksversammlung des Landw. Bezirksvereins verlangte vollständige Freigabe aller Zucht- und Ausleihmärkte in ganz Württemberg. Sie sprach sich für eine Erhöhung des Milchpreises (genannt wurden 40 Pf. für das Liter) aus und legte nachdrücklichste Verwahrung gegen die „Warnung“ des Ernährungsministers ein. Für die bevorstehende Steuerreform wurde Schöpfung der kleinen Kriegsgewinne der Landwirte und Freigabe aller Vermögen bis 10000 M. von der Abgabe gefordert. Der Anschluß des Bezirksvereins an den Landesverband der Landwirte Württembergs wurde einstimmig beschlossen. Einem Antrag eines radikalen Mitglieds, in der nächsten Versammlung eine Neuwahl des Vorstands vorzunehmen, da er jetzt nur aus „Herren“ bestünde, wurde nicht entsprochen.

Baden.

Von der Enz, 7. April. Die Typhusepidemie ist in Borsheim im Abklingen begriffen. Die Neuerkrankungen sind im Rückgang. Am Samstag früh wurden 2360 Typhuskrante gezählt. Die Zahl der Toten ist auf 165 gestiegen. Die Sterblichkeit beträgt bis jetzt 7%.

Urloffen (Amt Offenburg), 6. April. Gestern mittag wurde die Gemeindebehörde vor den Kommandanten der französischen Vorpostenkette befohlen, wo ihr eröffnet wurde, daß am letzten Freitag, abends zwischen 4 und 5 Uhr, schon zum zweitenmale ein scharfer Gewehrschuß auf den Doppelschlag am Schilderhaus vorgezeigt. Im Wiederholungsfall, lautete die Drohung, würde das Dorf zusammengeschossen werden.

Offenburg, 6. April. In Linz ist die seither aus weissen französischen Truppen bestehende Besatzung durch

Schwarze ersetzt worden. Die Schwarzen sind im allgemeinen auf die Franzosen sehr schlecht zu sprechen, und von den französischen Offizieren werden sie mit Keitpeitsche und Fußtritt behandelt. Das Verhalten der Schwarzen gegen die Einwohnerschaft soll anständig sein.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 7. April. Der Aktionsausschuss hat dem Metallarbeiter-Verband die Mitteilung zugehen lassen, daß der Streik bei der Firma Bosch abgebrochen sei und die Arbeit morgen wieder aufgenommen werden. Zu gegebener Zeit werde aber der Kampf wieder aufgenommen werden. Auch bei den Daimlerwerken soll am Dienstag Morgen die Arbeit wieder begonnen werden. Wie bei diesen Firmen, so war auch bei der Firma Eisenmann weitaus der größte Teil der Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit heute früh bereit. Sie wurden aber von den Streikflügeligen daran gehindert, teilweise auch durch Streikposten, die in den Vororten und vor den meisten Großbetrieben aufgestellt waren. Heute Nachmittag erschien über der Stadt ein Flugzeug, aus dem Flugblätter abgeworfen wurden, in denen vor Spartakus und seinen Manieren aufs dringlichste gewarnt wird.

Stuttgart, 7. April. Die Verteidigung der Stuttgarter Spartakusführer Höhrle, Münzenberg, Rüd und sieben weiterer Genossen in dem vor dem Stuttgarter Schwurgericht gegen sie anhängigen Strafverfahren wegen Auftrages u. a. haben der frühere preussische Justizminister, Rechtsanwält Kurt Kolenfeld in Berlin, und der unlängst aus Stuttgart ausgewiesene Rechtsanwalt Dr. Lewi in Frankfurt a. M. übernommen. Der Verhandlungstermin ist auf Freitag, den 11. April, vormittags 9 Uhr, im Schwurgerichtssaal anberaumt. Ob die Verhandlung stattfinden kann, hängt von dem Umstand ab, ob die Verteidiger bis dahin die nötige Altsensicht erhalten haben und die Verteidigung entsprechend vorbereitet können. Rechtsanwalt Lewi ist zu diesem Zweck letzten Samstag im Automobil aus Frankfurt nach Stuttgart gekommen.

München, 8. April. Der Zentralrat hat im Verein mit den revolutionären Bankbeamten verfügt, daß die Banken und Bankgeschäfte ganz Bayerns für den Verkehr mit dem Publikum am 8. April zwecks ihrer Neuorganisation geschlossen bleiben.

Saarbrücken, 7. April. Die Franzosen haben die Vorstandsmitglieder der deutschnationalen Volkspartei, den Direktor des Reformrealgymnasiums Dr. Kneuper, den Oberlehrer Dr. Camer, den Staatsgeometer Herzberg und den Vorsteher der Arbeitslosenstätte Schaimer in Haft genommen. Teils werden ihnen „royalistische Untriebe“, teils sogar „Verbindung mit Bolschewisten“ vorgeworfen. Beides ist natürlich völlig unbegründet.

Berlin, 7. April. Wir erfahren von zuständiger Stelle, daß von den uns seitens der Entente freigegebenen 300000 Tonnen Mehl usw. zunächst nur 200000 Tonnen Getreide und 70000 Tonnen Schweineprodukte eingeführt werden können, da die vorhandenen Zahlungsmittel größere Einkäufe nicht zulassen. Eine Besserung ist auch nicht zu erwarten, solange durch Streiks und unsinnige Forderungen nicht mehr Kohlen und Industrie-Erzeugnisse als Zahlungsmittel für das Ausland frei werden. Bernünftige Vorstellungen haben ja leider bisher nichts genützt. Vielleicht zeigt diese Tatsache endlich den Arbeitern, welche Folgen ihr unverantwortliches Vorgehen zeitigt.

Berlin, 8. April. Einer Depesche des „Berliner Tagbl.“ aus Lugana zufolge erfährt der „Secolo“, daß der Papst geneigt sei, für die Befreiung der deutschen Gefangenen Schritte zu unternehmen.

Berlin, 8. April. Wie verschiedene Morgenblätter berichten, hat Froch sich mit dem französischen Finanzminister Klotz dahin geeinigt, auf Bezeichnung der Rheinbezirke durch Ententetruppen zu verzichten, falls ausreichende wirtschaftliche Bürgschaften erreicht werden.

Berlin, 7. April. Der Reichswirtschaftsminister hat Höchstpreise für Kohlen festgesetzt, um die Preiserhöhungen des rheinisch-westfälischen Syndikats zu verhindern. — Bei schifflichen Firmen wurden Aufträge vom Ausland zurückgezogen, da England die gleiche Ware für die Hälfte des Preises liefert. Der Grund ist in unseren hohen Produktionskosten zu suchen.

Berlin, 7. April. Graf Brockdorff-Ranzau erklärte einem Vertreter des „Berl. Tagbl.“: Die Völkervereinigung hat immer wieder zu Krisen und bewaffneten Konflikten geführt. Es gilt, alle Staaten um ihr gemeinsames Interesse zu sammeln, d. h. die Idee des Völkervereinigung realpolitisch und kulturell fruchtbar zu machen.

Berlin, 7. April. Der Reichswehrminister hat die Photographien der von Spartakus niedergemetelten und verurteilten Regierungssoldaten nach beglaubigten Aufnahmen der Ärzte veröffentlicht lassen. Die Unabhängigen haben mit allen Mitteln versucht, die Herstellung des ihnen so unangenehmen Dokumentenbeweises zu verhindern. Die Bilder geben nun die von Moske versprochene Antwort auf die Behauptung Haases in der Nationalversammlung, Ausschreitungen gegen Regierungssoldaten seien gar nicht vorgekommen. Die spartakistische Neuerkommission in Essen hat den Freiwilligenkorps die tiefste Verachtung ausgesprochen, ihnen wirtschaftlichen Boykott angekündigt und beschlossen, sie wie die Pest zu meiden. In der Versammlung der A. und S. Käte ist auf Antrag des Kommunisten Herfurth den Freiwilligenverbänden härteste Verachtung ausgesprochen und die künftige Aussperrung der Freiwilligen angebroht worden.

Posen, 7. April. Auf die Nachricht, daß der Hafen von Danzig dem polnischen Staate nicht zugesprochen und Westpreußen preussisch bleiben soll, versammelte sich eine große Menge vor dem Rathaus, wo Protestreden gehalten wurden. Die Menge zog dann zu den Denkmälern zur Erinnerung an die deutschen Siege von 1870/71 und zerstörte sie.

Der Stuttgarter Generalkrieg beendigt.

Stuttgart, 8. April. Wie wir vernehmen, haben die Arbeiter bei Bosch und Eisenmann die Arbeit heute früh

in vollem Umfange aufgenommen. Bei den Daimlerwerken in Untertürkheim sind nahezu alle Arbeiter zur Arbeit erschienen. Damit ist der Generalkrieg wirklich beendet.

Stuttgart, 8. April. Der Belagerungszustand in Stuttgart wird durch Verfügung der Staatsregierung aufrechterhalten.

Aus der bayerischen Räterepublik.

Fürth, 7. April. Die Stadt Fürth hat sich der Räterepublik angeschlossen. Um 10 Uhr fand eine Versammlung auf dem Schieghanger statt, wo nach verschiedenen Ansprachen die Räterepublik ausgerufen wurde. Oberbürgermeister Dr. Wild erklärte seinen Rücktritt, da er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Verantwortung nicht übernehmen könne. Im Rathaus sind sämtliche Büros geschlossen bis auf den Tagessdienst. Die Schulen sind geschlossen, die Arbeiter haben die Betriebe verlassen.

Regensburg, 7. April. Soeben hat der Arbeiter- und Soldatenrat, der aus den gereinigten sozialistischen Parteien besteht, sich für die Räterepublik erklärt. Eine einzige Stimme war dagegen.

Würzburg, 7. April. Auf dem Residenzplatz wurde am 7. April die Räterepublik ausgerufen. Die Banken, Telefon, Telegraph und Zeitungen sind von den Kommunistentruppen besetzt. Das Militär einschließlich der freiwilligen Verbände steht auf seiten der Kommunisten. Der Generalkrieg ist seit heute vormittag 10 Uhr ausgebrochen. Sämtliche Fabriken und Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen.

Nürnberg, 6. April. Ein Erlass des Ministerpräsidenten Hoffmann hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten, sie hat ihren Sitz von München verlegt. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt in Bayern und ist allein berechtigt, wirksame Verordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen. Weitere Proklamationen werden folgen.

Berlin, 7. April. Wie man der „S. Z.“ am Mittag“ zufolge in Berlin annimmt, hat sich der bayerische Ministerpräsident Hoffmann mit jenen Mitgliedern der Regierung, die die Räterepublik ablehnen, nach Bamberg begeben in der Absicht, von dort aus die Geschäfte weiter zu führen und dorthin auch den bayerischen Landtag einzuberufen.

Zum Schutze der Regierung und des Landtages ist das Freikorps Epp, das sich bis vor kurzem noch in Ochruf (Sachsen-Gotha) befunden hat, nach Bamberg dirigiert worden. Man hofft, daß es gelingen werde, die Macht der neuen Regierung auf München und Umgebung zu beschränken. Die Regierung in Bamberg wird an die regierungstreuen Truppen von Bayern mit der Aufforderung herangetreten, sich zum Schutze der Demokratie zur Verfügung zu stellen und eine Werbekaktion geheimer Stiles einzuleiten.

München, 7. März. Herr Hoffmann meldet: Die in München anwesenden Mitglieder des Zentralrates sind in der Nacht vom 6. zum 7. April mit dem revolutionären Arbeiterrat München, dem Mitglieder der SPD, der USD und der KPD angehören, zusammengetreten und haben beschlossen die Räterepublik Bayern auszurufen. Die Versammlung einigte sich auf die provisorische Ernennung folgenden Volksbeauftragter: Ackerer Dr. Lipp (USP), Finanzen: Soldmann (USP), Volkswohlfahrt, früher soziale Fürsorge: Hagemeyer (USP), Volksaufklärung: Sandauer (parteilos), Finanzen: Silvio Geisel, Justiz: Käbler (Bauernrat), Verkehr: Paululum (USP), Land- und Forstwirtschaft: Steiner (Bauernrat), Volkswirtschaft: Dr. Jaffe (USP), Militär: unbestimmt, Kommissar für Ernährungsweesen: Wuzelhofer, Kommissar für Wohnungsweesen: Dr. Wabl.

Streik ohne Ende.

Berlin, 8. April. Dem „Berl. Sozial.“ zufolge haben in Frankfurt a. M. gestern in den Adlerwerken 7-8000 kaufmännische Angestellte und Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Berlin, 8. April. Laut „Voss. Ztg.“ soll in Spanien gestern der Generalkrieg beschlossen worden sein und heute verkündet werden.

Düsseldorf, 8. April. Die Generalkriegskommission veranstaltete heute vormittag in allen Betrieben eine geheime Abstimmung ob der Streik fortgesetzt werden solle. Im Laufe des Tages ist im Generalkrieg keine Entspannung eingetreten. Sämtliche Buchdrucker beschlossen wegen Lohnforderungen sofort in den Streik zu treten, so daß die Zeitungen nicht erscheinen können.

Berlin, 8. April. Nach Ansicht eines Arbeiterführers des Ruhrreviers über den Streik der Ruhrbergleute dürfte der Streik als verloren gelten.

Magdeburg, 8. April. Eine Vertrauensmännerversammlung der Streikenden hat gestern die Proklamation des Generalkriegs beschlossen.

Reichsjustizminister Landsberg gefangen

Berlin, 7. April. In Magdeburg ist wegen der entbedeten Pläne einer Militärrevolte u. a. der frühere Reichstagsabgeordnete Brandes, Mitglied der U. S. P., verhaftet worden. Der Berliner Volkstribunal hat beim Reichswehrminister interveniert und um Freilassung Brandes gebeten. Die Magdeburger Arbeiter würden sonst so lange streiken, bis Brandes freigegeben wäre. Die Antwort war, Brandes bleibe in Haft, so lange das ordnungsmäßige Verfahren nicht erfolgt sei. Darauf sind tatsächlich die Arbeiter einiger Betriebe in den Streik getreten.

Mitglieder des Wachregiments haben den Reichsjustizminister Landsberg, den kommandierenden General von Kleist und einen Hauptmann des Generalstabes als Geiseln für Brandes festgenommen und nach der Kaserne Ravensberg gebracht. Die Haltung der Garnison ist nicht fest; ein großer Teil sympatisiert mit den Unabhängigen.

Auf diese Nachricht hin ist das Berliner Kabinett heute abend 7 Uhr zusammengetreten, um zu der besten Gewalttätigen Stellung zu nehmen. Nach unserer Kenntnis ist die Regierung entschlossen, nunmehr mit allem Nachdruck durchzugreifen.



Abgabe von warmblütigen Zuchttieren.

Unter Bezugnahme auf die wiederholte Bekanntgabe, daß die Besuche um Heberweisung von warmblütigen Zuchttieren nicht annähernd in vollem Umfang berücksichtigt werden können, wird mitgeteilt, daß die Abgabe von warmblütigen Zuchttieren demnächst zu Ende gehen wird. Für die noch zur Verfügung stehende verhältnismäßig kleine Zahl von Tieren sind die Abnehmer bereits vorgemerkt. Die betreffenden Züchter werden von Pferdebezugsinspektor Krafft in Ulm zur Abnahme der Tiere seinerzeit eingeladen werden. Bestellungen werden nicht mehr angenommen.

In der letzten Zeit sind Besuche in nicht unerheblicher Zahl eingelaufen, in denen von Käufern um Freigabe der Stuten zum Verkauf gebeten wird. Als Grund wird in der Regel angegeben, daß die Stute für den landw. Betrieb unbrauchbar sei. Ohne Rücksicht darauf, ob dies zutreffend ist oder nicht, wird die Genehmigung zum Verkauf nicht mehr erteilt werden. Stuten, die für den Betrieb des Käufers nicht brauchbar sind, werden zurückgenommen und einem anderen Züchter oder der Militärverwaltung überwiesen werden.

Dem Vernehmen nach sollen von verschiedenen Käufern Stuten ohne Genehmigung der Zentralstelle für die Landwirtschaft verkauft worden sein. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen wird regelmäßig nachgeprüft werden. In allen Fällen, in denen eine Vertragsverletzung festgestellt wird, wird die Vertragsstrafe eingezogen werden.

Stuttgart, den 29. März 1919. Kling.

Oberamt Neuenbürg.

Die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg hat auf Antrag der Württ. Sparkasse (Landessparkasse) in Stuttgart die durch den Weggang des bisherigen Inhabers erledigte Agentur derselben in Höfen dem Kaufmann Albert Stegmaier daselbst übertragen.

Den 5. April 1919.

Bullinger.

Oberamt Neuenbürg.

Bekanntmachung, betr. Fuhrwerksberufsgenossenschaft.

Seit Beginn des Waffenstillstandes sind zahlreiche Betriebe neu eröffnet worden und werden auch fernerhin, namentlich bei Beginn der Bauzeit, neu aufgenommen werden. Um die betreffenden Unternehmer vor Nachteilen zu schützen, werden dieselben zur Anmeldung ihres Betriebs zur Fuhrwerksberufsgenossenschaft aufgefordert.

Zu dieser Berufsgenossenschaft gehören ff. Gewerbebetriebe: Posthalterei, Personalfuhrwerk (Pferde- oder Auto-), Fracht-, Koll-, Last-, Holz-, Möbelfuhrwerke, Kutschen- und Kutschenfuhr-, Güterbeförderer, Karussellbesitzer und der gewerbmäßige Fuhr-, Reit- und Stallhaltungsbetrieb (Wagstall). Auch die Fuhrbereitschaften, Kraftverkehrsämter und dergl. sind meldepflichtig.

Den 31. März 1919.

Reg.-Assessor Killing.

Oberamt Neuenbürg.

Die Fleischbeschauer

haben umgehend die Karten mit den 1/2-jährlichen Schlachtungsnachweisen an die Oberamtsärztliche Stelle (Calw) einzusenden.

Den 4. April 1919.

Reg.-Assessor Killing.

Oberamt Neuenbürg.

Typhusepidemie in Pforzheim.

Die in Pforzheim herrschende schwere Typhusepidemie gibt erneut Anlaß, die Bevölkerung auf die im „Enztäler“ Nr. 67 und 70 veröffentlichten Schutzmaßnahmen hinzuweisen, insbesondere sie vor unnötigen Besuchen und vor dem Genuß von Trinkwasser und ungelagerten Speisen in Pforzheim zu warnen.

Den 4. April 1919.

Reg.-Assessor Killing.

Oberamt Neuenbürg.

Kohlen.

Die gewerblichen Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohlen, Koks und Briketts monatlich werden darauf aufmerksam gemacht, daß Brennstoffe im Mai nur bezogen werden dürfen, wenn sie ihrer Meldepflicht im April pünktlich nachgekommen sind. Das Nähere ist aus der Beilage zum Staatsanzeiger Nr. 75 ersichtlich.

Den 3. April 1919.

Reg.-Assessor Killing.

Oberamt Neuenbürg.

Taubenschlagsperre.

Die Ortspolizeibehörden werden aufgefordert, zur Verhütung von Schäden Taubenschlagsperre über die Dauer der Saat und Ernte gemäß Art. 34 Abs. 1 Ziffer 1 des P.S.G.B. anzuordnen und wirksam durchzuführen. Bei der Festsetzung der Sperrzeiten ist ein gemeinsames Vorgehen benachbarter Gemeinden, auch wenn solche nicht zum Oberamtsbezirk gehören, anzustreben.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Sperre unbeschränkt auch auf Militärbesitzungen ausgedehnt werden kann und daß die Ortspolizeibehörde gemäß Art. 34 Abs. 1 a. a. O. wieder befragt ist, die schadenstiftenden Tiere während der Sperrzeiten durch den Feldschützen oder andere hierzu beauftragten Personen wegschießen zu lassen.

Den 3. April 1919.

Reg.-Assessor Killing.

Visitenkarten

Velert rasch und billig die C. Meck'sche Buchdruckerei.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Aufforderung zur Abgabe von Einkommensteuererklärungen.

Diejenigen hiesigen Einkommensteuerpflichtigen, die keine schriftliche Fassung, dem Kameralamt gegenüber, abgegeben haben und deren Einkommenverhältnisse sich gegen dem Vorjahr wesentlich verändert haben, werden aufgefordert, ihre Einkommensteuererklärung persönlich auf dem Rathaus (Zimmer 8) in der Zeit vom

Mittwoch, den 9. April bis Freitag, den 11. April 1919 abzugeben.

Gemeindebehörde für die Einkommensteuer.
Knödel.

Realschule Neuenbürg.

Die Aufnahmeprüfung

für Klasse I findet am Freitag, den 11. April, vorm. 8 Uhr, statt. Vorbedingung ist dreijähriger Besuch der Volksschule. Ein Abgangszeugnis der bisherigen Schule, Geburtschein oder entsprechender Vermerk im Abgangszeugnis und Schreibzeug sind mitzubringen.

Schüler.

Gemeinde Vicksfeld.

Die Beifuhr

von 500 Km. Laub- und Nadelbrennholz vom Enzthal zum Verladeplatz bei der Enzbrücke wird im Abstreich vergeben.

Schriftliche Angebote wollen bis 12. ds. Mts. hier eingereicht werden.
Den 7. April 1919. Schultheißenamt.

Holzversteigerung.

Am 11. ds. Mts., vormittags 9 Uhr, werden in der Wirtschaft zum Größental nachstehende Stangen versteigert:

295 Stück Hopfenstangen II. Klasse,	
110 " " III.	
695 " " IV.	
950 " " V.	
935 " Rebstecken I.	

Auskunft erteilt Aufseher Weiß.

Städt. Gas- und Wasserwerke Pforzheim

Neuenbürg.

Von der Reise zurück. Dentist Schneider.

Der werten Einwohnerschaft von Herrenalb und Umgebung bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß ich im Besitze einer

fahrbaren Brennholz-Sägmachine

bin und bitte um geeigneten Zuspruch.

Richtungsvoll

Alfred Bühler, Herrenalb.

Von Samstag, den 5. bis Donnerstag, den 10. April 1919 der bekannte

Fußhygieniker Ruge-Berlin

Verfasser von der „Praktischen Fußpflege“ usw. bei mir amfend. Sprechzeit ununterbrochen von morgens bis abends. Alle mit

Fuß- und Beinübeln

befallenen Personen sind ersichtlich von mir gebeten, die Gelegenheit zu benutzen und Herrn Ruge in den oben angegebenen Tagen bei mir zu besuchen.

Wilh. Zeller, Massieur u. Spezialist f. Fußpflege, Sindelfingen bei Stuttgart, Leonberger Straße 1.

Personen, welche die messerlose Fußpflege herkömmlich ausüben möchten, erhalten darin von mir Ausbildung und wollen sich an mich während meines Aufenthaltes in Sindelfingen oder nach Berlin wenden.

Fußhygieniker W. Ruge, Berlin NO 43,

Georgenkirchstraße 27 (am Alexanderplatz).

Theodor Bopp

vorm. Gebrüder Bopp Stuttgart

Fernruf 12050 Drabantsch. Tebo

Großvertrieb von Industrie-Erzeugnissen und Rohstoffen des Kleinbeleuchtungs-, Papier- und Schreibmaschinenfaches.

Leistungsfähigste Bezugsquelle für Taschenlampen, Hülsen, Batterien, Birnen, Feuerzeuge, Karbidlampen, Durchschreib-, Durchschlagpapiere, Schreibmaschinen, Farbänder-, Kopierpapiere in anerkannt unübertrefflichen Qualitäten.

Dresdner Bank

Aktienkapital und Reserven
M 340 Millionen

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Hermann Munding, Samenhandlg., Freiburg i. Br.

empfiehlt in hochfeinenden, sortenrechten Qualitäten, von ersten Züchtern Deutschlands bezogen, alle Sorten Gemüsesamen im Klein- und Großverkauf wie: Kraut, Rotkraut, Wirsing, Rosenkohl, Kohlrabi, Spargel und Futtergetreiden (Kartoffeln und Weizen), Röhren, Zwiebeln, Mören, Rettich, Zucchini, Spinat, Gurken, Anker-Erbsen, Bohnen, Buntebohnen-Samen, Original-Oberbayer, Ederholzer Saischwerk, Friedländer, sowie Knoblauch. Ferner alle Sorten zu den Kleinen- und Großsamen-Behandlungen für diesen Anlagen und Riesengartenanlagen.

Ich kaufe

Paraffin, Ceresin, Montanwachs, Stearin, Bienenwachs und andere Wachs in jeder Menge für direkten Selbstverbrauch.

Aug. G. Sproeffler, Lübeck,

gegründet 1904 - Telegr. Sproeffler - Fernsprecher 1014

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sigung der

bürgerlichen Kollegien

am Mittwoch, 9. April 1919,

für den Gemeinderat

abends 6 Uhr,

für den Bürgerausschuß

abends 6 1/2 Uhr.

Beratungsgegenstände:

1) Armensachen,

2) Anordnungen wegen der

Gemeinderatswahl,

3) Quartierschädigung,

4) Milchsammlung,

5) Rechnungssachen.

Den 5. April 1919.

Stadtschultheiß Knödel

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Echte

Gummisauger,

rot, schwarz und transparent,

Schnuller

mit Ring,

Kinderflaschen

und

Milchwärmapparate.

Medizinisch-Drogerie Grundner Nachl.

Gebr. Schmit in Wildbad.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Butter-Verkauf

am Mittwoch, den 9. April,

vorm. 8 Uhr für Nr. 641 bis

752, 8 1/2 Uhr für Nr. 1 bis

120, 9 Uhr für Nr. 121 bis

etwa Nr. 220.

Städt. Lebensmittelk.

J. A. Riengle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Kellerer, zuverlässiger

Deutscher,

hauptsächlich f. Chaisenfahrten,

in Dauerstellung gesucht.

Angebote unter Nr. 25 an

die Geschäftsstelle ds. Bl.

Calmbach.

4-5 tägige

Steinhauer

für dauernde Beschäftigung

für sofort gesucht.

Christian Seyfried,

Baugeschäft.

Ein kräftiger

Junge,

der Lust und Liebe hat, die

Völkerei zu erlernen, nach

Pforzheim in die Lehre

gesucht.

Wo? sagt die Geschäftsstelle

des Enztälers.

Altertümliches Möbelstück

große dreiteilige

Kommode

umzugs halber zu verkaufen.

Café Blessing,

Schönbürg.

Schönbürg.

Einen 11 Monaten alten

Zuchtsarren

hat zu verkaufen

Wilhelm Burkhardt,

Talstraße 20.

Oberniedelsbach.

Einen sehr schönen 10 Mo-

nate alten

Zuchteber

hat zu verkaufen

Glauner, Bäder.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

II. Hypotheken

gesucht

in Posen von:

Mk. 15 000

" 11 000

" 5 000

" 3 000

per sofort oder auf 1. April

en, Juli ds. Js. Eichert

Anlage.

Angebote an Stephan

& Franz, Pforzheim i. B.

Jähr. Allee, Ede Hohen-

zollernstr. 71, Telef. 2308

Frauen

verwenden bei

Beschwerden und

Schwächen nur

Widlers Frauen

Blöße 10 Mark

höchster Postver-

sand.

Mit Haub

Sanitätsgefäß

Medico

Kürnberg,

Karlsruhe 47.